

# Auerthal-Zeitung.

Tageblatt für die Stadt Aue und Umgebung.

Billigste Tageszeitung im Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Junke, Aue (Erzgebirge).  
Redaktion u. Expedition: Aue, Marktstraße.

Die einjährige Zeitungs-Preise 10 Pf., halbjährige 5 Pf., vierteljährliche 2 Pf. 50 Pf., wöchentliche 1 Pf. 50 Pf., Retikeln pro Seite 20 Pf. Bei 4 wöchiger Abnahme 20% Rabatt. Bei größeren Abnahmen u. mehrmaliger Aufnahme wird entsprechend höherer Rabatt gewährt. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen an.

**Preisliste**  
Täglich Nachmittags außer an Sonn- u. Feiertagen. — Preis pro Monat frei im Haus 20 Pf., außerhalb 25 Pf. — Mit der Sonntagsbeilage: „Der Feiertag“ 5 Pf. mehr. — Bei der Post abgeholt pro Vierteljahr 1 Mk. — Durch den Briefträger 1.40 Mark.

Nr. 111

Sonntag, den 23. Juli 1899.

12. Jahrgang

## Auerthal-Zeitung

erschient  
**jetzt täglich,**  
kostet  
pro Monat  
nur 20 Pfennige.

### Aus aller Welt.

Der Kaiser ist nach guter Fahrt im besten Wohlfühl vor Drontheim eingetroffen. Es herrscht Regen, die Temperatur ist recht kühl; an Bord alles wohl.

Der Kaiser hatte seine Anwesenheit bei der Einweihung des Dortmund-Emskanals zugesagt. Sehr enttäuscht war man daher in den beteiligten Städten über die amtliche Mitteilung, daß der Kaiser nicht an den Einweihungsfeierlichkeiten teilnehmen werde. Die städtischen Behörden zu Dortmund beabsichtigen, die Kanalfeste zu verschieben, um dem Kaiser die Teilnahme zu ermöglichen.

Berchtesgaden, 21. Juli. Der gestrige Tag verlief für die Kaiserin im allgemeinen zufriedenstellend.

Der Unfall der Kaiserin ist leider doch von weit erheblicherer Art, als man anfangs annehmen zu dürfen glaubte. Die Kaiserin hat außer der Verstauchung eines Knochengelenks auch einen Wadenbeinbruch erlitten, dessen Heilung ein langwieriges Krankenlager notwendig machen wird.

In München hat eine Sitzung des bayerischen Eisenbahnrats stattgefunden, in der die Frage der süddeutschen Tarifgemeinschaft erörtert wurde. Generaldirektor v. Ebencmayer erklärte auf eine Anfrage wegen der Verhandlungen über die Reform der Personentarifse, er könne wegen des vertraulichen Charakters dieser Verhandlungen Mitteilungen im einzelnen nicht machen. In Beziehung auf eine Vereinigung der Personentarifse bestche im allgemeinen grundsätzliche Einverständnis unter den Regierungen. Dagegen werde sich eine Vereinheitlichung der Grundtarife, da die Verhältnisse in dieser Richtung in Süddeutschland zu verschieden lägen, kaum ermöglichen lassen. Ueber diese Frage hätten daher unter den süddeutschen Regierungen besondere Verhandlungen unter Beteiligung des Reichseisenbahnamtes stattgefunden.

In der hessischen Kammer wurde seitens der Regierung erklärt, Prof. Schiller sei und bleibe auch als Lehrer an der Hochschule pensioniert; lediglich in Rücksicht auf die Hochschule und deren Bezüge habe man die Fortsetzung der Vorlesungen gestattet. Der Minister hob hervor, die Regierung habe auf Grund eines Edikts aus dem Jahre 1820 das Recht, jeden Staatsbeamten zu jeder Zeit seines Amtes zu entheben. Hierzu bemerkt die „Frankf. Zeit.“: Ob bisher wohl irgend ein Beamter in den drei Teilen des Landes, in Starkenburg, Oberhessen und Rheinhessen, eine Ahnung davon gehabt hat, daß die Regierung ihn nach Belieben mit der gesetzlichen Pension verabschieden kann? Das hätte wohl niemand geglaubt, aber es ist so, der Herr Staatsminister Rathe selbst hat es gestern verkündigt. Welch ein Rüstzeug aus der Waffenkammer der Willkürherrschaft, dieses hessische Edikt von 1820, das der Regierung das Recht giebt, jeden Staatsbeamten zu jeder Zeit in den Ruhestand zu versetzen. Wohl gemerkt jeden, Sekretär oder Regierungsrat, Elementarlehrer oder Hochschulprofessor. Welches Vergnügen muß da das Regieren sein! Wer unlieb-sam opponiert, wer gegen Unrecht protestiert, wer die Regierung mit Beschwerden molestiert — in pensioniert, punktuell, von Rechts wegen. Das Edikt von 1820 stranguliert einfach alle Rechte der Ver-

teidigung, allen Anspruch auf ein Urteil des Disziplinargerichts, die der Beamte in allen konstitutionellen Staaten hat und auch in Hessen zu haben geglaubt hat.

Die Wiener Gemeindevorstandsreform ist fortwährend Gegenstand von Kundgebungen der politischen Parteien. Die Arbeiterbewegung wertet sie in Grund und Boden, der christlich-soziale Oberbau des Bürgermeisters Dr. Luzger preist sie als eine Großthat politischer Weisheit. Unter solchen Umständen sind Zusammenstöße zwischen den feindlichen Parteien unausbleiblich. Auch für gestern Abend wurden Unruhen befürchtet, da die Christlich-Sozialen im Hotel „Englischer Hof“ im Bezirk Mariahilf eine Festversammlung abhalten wollten, um für die Wahlreform zu demonstrieren. Infolgedessen veröffentlichte die „Arbeiterzeitung“ einen Aufruf an die Arbeiter, sie möchten abends 7 Uhr aus der Mariahilferstraße erscheinen, um hierdurch gegen den Wahlrechtsraub zu manifestieren und ihre Zahl der Zahl der Christlich-Sozialen entgegenzustellen. Der Aufruf warnt zwar die Arbeiter vor Angriffen gegen die Segner, trotzdem sah man mit Besorgnis dem Abend entgegen.

Die Arbeitgeber in Dänemark haben beschlossen, die Aussperrung auf mehrere Gewerbe der Textilindustrie, auf die Zementfabriken und Schneider auszudehnen. Die Niesensperre wird dann über 50000 Arbeiter umfassen.

Paris, 21. Juli. Kriegsminister Cassel fragte telegraphisch in Rennes an, ob die Generale Bois-deffre und Goussé am Sonnabend dort gewesen seien und mit Mitgliedern des Kriegesgerichts verhandelt hätten.

Das Kriegesgericht in Rennes wird, wie nunmehr amtlich festgestellt ist, am Freitag den 11. August die Verhandlung gegen Dreyfus beginnen.

Der Eintritt des Sozialisten Millerand in das Ministerium ist durchaus nicht nach dem Sinne aller Sozialisten Frankreichs; ein Teil hält ihn für eine unverzeihliche Verleugnung der sozialistischen Prinzipien und für die Parteilage geradezu verderblich.

Heute liegen von England Nachrichten vor, welche die gestern in letzter Stunde eingelaufene Meldung zu widerrufen scheinen, daß der englische Ministerat beschlossen habe, an der Forderung, daß bereits nach fünf Jahren den Urtandern in Transvaal das volle Bürgerrecht gewährt werde, festzuhalten. Inzwischen hat der dortige Volksrat auch die noch übrigen Bestimmungen des Wahlrechtsentwurfs mit der Herabsetzung der Bürgerrechtsgebühr von 2 Pf. auf 3 Schilling angenommen und die Regierung zu weiteren Zugeständnissen bezüglich des Dynamitmonopols sich bereit erklärt.

Chambéry, der bisherige Oberichter in Apta, hat endgültig seine Entlassung gegeben und wird am 14. d. M. von dort abreisen.

Der amerikanische Kriegsminister Alger hat nunmehr seine Entlassung eingereicht. Seine Stellung war bekanntlich schon seit langer Zeit unhaltbar, und die Geschäfte des Kriegesamtes wurden seit Wochen durch den Oberst Roosevelt, den Gouverneur des Staates New-York, besorgt. Gleichwohl gilt es noch als ungewiß, ob Roosevelt nunmehr zum Staatssekretär des Krieges ernannt werden wird.

New-York, 20. Juli. Gestern Abend kam es zu weiteren ersten Unruhen. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Alle Pferdebedarfwagen der zweiten Avenue wurden von einem aus Männern, Frauen und Kindern bestehenden Volkshaufen mit Steinen beworfen. Auch von den Dächern und aus den Fenstern wurden alle Arten von Gegenständen geschleudert. Die Ruhestörer verbarrikadeten die Straßen, und es kam vielfach zum Handgemenge mit der sechshundert Mann starken Polizei, welche die Straße bewachte. Mehrere Polizisten wurden mit Pfeilen oder Schußverletzungen nach dem Krankenhaus gebracht. Viele Fahrräder wurden ebenfalls verletzt.

New-York, 20. Juli. Hier wie in Brooklyn war heute alles ruhig.

Madrid, 21. Juli. Beim Eintreffen der königlichen Familie in San Sebastian wurden 5 Baskenmädchen und 1 Nonne durch einen Maueranschlag getötet.

Madrid, 21. Juli. In Coronna veranlaßten Schiffshändler eine Kundgebung gegen die Accise in Retanaga, gleichfalls. Das Schulhaus wurde verbrannt, sowie das eines Gemeinderats angezündet. Truppen wurden dorthin abgelandet.

Belgrad, 20. Juli. Der Ministerpräsident Georgiewic ist hierher zurückgekehrt und hat die Geschäfte wieder übernommen. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß die von den Blättern angegebene Zahl der Anschläge auf den König Milan Verhafteten übertrieben sei.

Wie sehr sich Milan wieder als Herr und Gebieter in Serbien fühlt, dem das Recht zusteht, Professoren und Staatsbeamte abzulassen, erhellt aus nachstehendem geschilderten Vorfall: Am 18. des Empfanges einer Abordnung von Hochschullehrern in und außer Dienst, bedankte sich Milan zunächst für die Glückwünsche, dann aber, sagte er: „Auch unter Ihnen, meine Herren, giebt es einige, die durch das Vertrauen meines Sohnes und Gebieters hohe Stellen inne hatten, die Minister- und Staatsratsstellen, bekleideten, dabei aber feige genug waren, hinterücks mich anzugreifen und zu beschimpfen. Damit Sie nicht in Zweifel sind, will ich mich offen erklären, auf wen diese Worte gerichtet sind, nur auf niemand anders, als auf Doktor Michael Bulc.“ Alle richteten ihre Blicke auf Bulc, welcher leichensacht stammelte: „Majestät, das habe ich nicht gethan.“ Die überreizte Abordnung rief wie auf Kommando: „Schmach und Schande, nieder mit Bulc!“ Nach dieser aufregenden Szenentfernte sich die Abordnung. Bulc war ehemals Finanzminister und ist jetzt pensionierter Hochschulprofessor.

Osag, 21. Juli. Die dritte Kommission der Friedenskonferenz hielt heute unter dem Vorsitz Bourgeois eine Sitzung ab und nahm in zweiter Lesung die Artikel 1 bis 26 des Entwurfs der Konvention für friedliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten mit Ausnahme des Paragrafen 3 an.

Triest, 21. Juli. Admiral Dewey empfing an Bord der „Olympia“ gestern zahlreiche Besuche.

Geestmünde, 21. Juli. Die hiesigen Marineoffiziere luden die des französischen Aviso „Jib“ zu einem Festessen ein. Die französischen empfingen die deutschen heute.

### Demisfekte.

Im Walde verhungert ist die 7jährige Tochter des in Bernau bei Berlin wohnenden Arbeiters K. Die Kleine war mit ihren Eltern vor etwa 14 Tagen nach dem Forst zwischen Bernau und Biesenthal gegangen und suchte hier Blaubeeren. Hierbei verloren die Eltern das Kind aus dem Auge und als die Besorgten nach dem Töchterchen riefen, antwortete das Mädchen, da es vorausichtlich eingeschlafen war, nicht.

Die Kravalle in Augsburg haben sich am Mittwoch Abend wiederholt und zeigten einen viel ernsteren Charakter wie am Tage vorher. Aufgereizte Volksmassen suchten wieder in das bereits bedrohte Fabrikareisen einzudringen, wurden aber diesmal von einem Bataillon Infanterie daran gehindert. Die Soldaten hatten das Bajonett aufgespielt, machten aber keinen Gebrauch davon, sondern beschränkten sich darauf, die Menge mit dem Kolben zurückzudrängen. Eine Schwadron Gendarmen säuberte die Straße. Die Polizei mußte wiederholt von der Waffe Gebrauch machen, mehrere Verhaftungen und eine größere Anzahl von Schülern wurden verwundet, einer der letzteren ernsthaft. Etwa 20 Verhaftungen wurden vorgenommen und aufrecht erhalten. Die Erregung ist sehr groß, die Ruhestörungen dauerten bis tief in die Nacht.

Der aus dem Zuge Berlin-Gibitzhagen hinausgeworfene Schlingling ist nunmehr auf der Straße